

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Herrn  
Friedhelm KlinkhammerAppellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 5601 bis 5606/ 5609  
Telefax +49 (0)221 220 2762Herrn  
Volker Bräutigam

Köln, 6. Juni 2016

**Ihre Programmbeschwerde an den WDR-Rundfunkrat**

Sehr geehrter Herr Klinkhammer, sehr geehrter Herr Bräutigam,

der Rundfunkrat des WDR hat sich in seiner Sitzung am 31. Mai 2016 abschließend mit Ihrer Programmbeschwerde befasst. Mit diesem Brief informiere ich Sie über den Beratungsgang und über die Gründe für die Entscheidungen zur

**Anrufung des Rundfunkrats gemäß § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz vom 29. Dezember 2015 wegen des Beitrags in den ‚Tagesschau-Nachrichten‘: „Belohnung nach Flugzeuganschlag: Russland setzt 50 Millionen Dollar Kopfgeld aus“ vom 17. November 2015 auf ‚Tagesschau24‘.**

Aus unserer Korrespondenz zu Ihrer vorherigen Programmbeschwerde kennen Sie bereits das nach § 10 Abs. 2 vorgeschriebene Verfahren für die Beurteilung einer Programmbeschwerde. Ich werde daher an dieser Stelle nicht noch einmal darauf eingehen und direkt auf den Beratungsverlauf zu Ihrer aktuellen Programmbeschwerde kommen.

Die Informationen zu Ihrer oben aufgeführten Programmbeschwerde hat der Intendant des WDR dem Rundfunkrat am 22. April 2016 übermittelt. Grundlagen für die Meinungsbildung des Gremiums waren der gesamte Schriftwechsel zwischen Ihnen und dem WDR sowie dem WDR-Rundfunkrat – und damit Ihre Programmbeschwerde vom 19. November 2015 an den Intendanten des WDR, die Stellungnahme der stellvertretenden Intendantin an Sie vom 22. Dezember 2015, Ihr Anrufungsschreiben an den Rundfunkrat vom 29. Dezember 2015 sowie der beanstandete Beitrag selbst.

Entsprechend der Satzung des WDR hat zunächst der Programmausschuss über die Programmbeschwerde am 2. Mai 2016 beraten. Die Ausschussmitglieder hatten im Vorfeld der Sitzung Gelegenheit – neben den genannten Unterlagen – auch den kritisierten Beitrag zu sehen.

Ihre Kritik richtet sich gegen die Aussagen in dem Schaltgespräch mit der WDR-Korrespondentin Golineh Atai. Insbesondere habe sie dem russischen Präsidenten beweis- und argumentationslos vorgeworfen, er habe aus reinem politischem Kalkül zu dem Zeitpunkt kurz nach den Anschlägen von Paris den Absturz des russischen Flugzeugs als IS-Anschlag benannt.

Die stellvertretende Intendantin des WDR hat die von Ihnen vorgetragenen Argumente inhaltlich den Programmgrundsätzen

- Trennung von Kommentar und Berichterstattung (§ 10 Absatz 1 Satz 4 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)
- Gebot der Sachlichkeit und Unabhängigkeit (§ 10 Absatz 1 Satz 2 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)
- Gebot der journalistischen Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 10 Absatz 1 Satz 3 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)

zugeordnet:

Das Votum des Programmausschusses, zusammen mit allen Unterlagen, ging dem Rundfunkrat zu. In der öffentlichen Sitzung des Rundfunkrats am 31. Mai 2016 fasste die Vorsitzende des Programmausschusses, Petra Kammerevert MdEP, die Beratungen des Ausschusses in seiner Sitzung am 2. Mai 2016 zusammen.

Der Programmausschuss habe dem WDR zugestimmt, dass Journalisten in Korrespondentenberichten ein Stück weit auch ihre Meinung einbringen dürfen, da hier Fakten für das Publikum in verständlicher Form aufgearbeitet und eingeordnet würden. Die Mitglieder hätten betont, dass Frau Atai dabei auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt bekannten Informationen berichtet habe. Der Wahrheitsgehalt der getroffenen Aussagen sei nicht zu beanstanden. Die Einschätzung von Frau Atai sei somit faktenorientiert und nachvollziehbar. Darüber hinaus hätten einige Mitglieder betont, es sei eindeutig gewesen, dass es sich bei den gerügten Aussagen um die Meinung der Korrespondentin gehandelt habe. Die Mitglieder hätten daher keine Anhaltspunkte für einen Rechtsverstoß gegen die genannten Programmgrundsätze gesehen.

Der Rundfunkrat hat sich den Argumenten des Programmausschusses vollumfänglich angeschlossen und sah wie der Programmausschuss keinen Verstoß gegen die angeführten Programmgrundsätze.

Im Ergebnis kam der Rundfunkrat bei 36 anwesenden Mitgliedern einstimmig und ohne Enthaltung zu dem Beschluss, dass in dem kritisierten Beitrag in den 'Tagesschau-Nachrichten' auf 'Tagesschau24' vom 17. November 2015 gegen die Gebote

- Trennung von Kommentar und Berichterstattung (§ 10 Absatz 1 Satz 4 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)
- Sachlichkeit und Unabhängigkeit (§ 10 Absatz 1 Satz 2 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)
- journalistische Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 10 Absatz 1 Satz 3 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)

nicht verstoßen wurde.

Ich hoffe, dass ich Sie mit meinen Ausführungen über die Beratungen des WDR-Rundfunkrats unter Berücksichtigung der im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Maßstäbe für die Verletzung von Programmgrundsätzen zufriedenstellend informieren konnte.

Freundliche Grüße

Ruth Hieronymi